



Bergbau auf der norwegischen Inselgruppe Spitzbergen. Die Klimaerwärmung erleichtert den Zugriff auf die Bodenschätze der Arktis und damit Eingriffe in das Ökosystem.

Konflikte in der Kälte

Die Arktis rückt angesichts der Risiken des Klimawandels und geopolitischer Konfrontationen in den Blickpunkt

Die Erde hat sich in Folge des Klimawandels bislang um etwa 1,1 Grad Celsius erwärmt. In den Polarregionen sind die Folgen des Klimawandels besonders dramatisch, was neben globalen Auswirkungen auch Fragen nach Risiken und Konflikten in diesen Regionen aufwirft.

HENRY LESMANN

Die Erwärmung der Arktis zeigt sich insbesondere am Abschmelzen des Meereises, dessen Ausdehnung immer wieder neue historische Tiefpunkte erreicht. Der so freigelegte Ozean besitzt eine deutlich geringere Reflexion der Sonneneinstrahlung als das hellere Meereis und erwärmt sich daher stärker, was die Meereisschmelze weiter begünstigt. Darüber hinaus führt das Schmelzen des Permafrostes zur Freisetzung darin gebundener Treibhausgase, was den globalen Klimawandel ebenfalls verstärkt.

Die Auswirkungen dieser Prozesse sind nicht auf die Arktis beschränkt. So führt die Meereisschmelze zur Abschwächung des Nordatlantikstroms, der Wärme nach Europa transportiert. Höhere Verdunstungsraten begünstigen außerdem extremere Schneefälle in Europa. Das Abschmelzen von Gletschern und Eisschilden an beiden Polen der Erde sowie die thermische Ausdehnung des Wassers führen zum Meeresspiegelanstieg, der Folgen in den Küstenregionen hat.

Schiffahrtsrouten

Aufgrund des fortschreitenden Schmelzens von Meereis erhalten drei potenzielle arktische Seewege immer wieder Aufmerksamkeit. Über die kurzfristig vielversprechendste Nördliche Seeroute als Teil der Nordostpassage entlang der russischen Küste würde sich die Transportstrecke zwischen London und Yokohama gegenüber der Strecke durch den Suez-Kanal um etwa ein Drittel verringern. Auf der Strecke von New York nach Shanghai läge die Wegersparnis durch die Nordwestpassage entlang der kanadischen Küste gegenüber der Strecke durch den Panama-Kanal immerhin bei knapp 20 Prozent. Viele Strecken würden sich mit Nutzung der Transpolaren Passage um zusätzliche zehn Prozent verkürzen; diese setzt aber eine nahezu eisfreie Arktis voraus.

Die Vorteile wären also relevant, jedoch bestehen neben der vorhandenen Meereisbedeckung weitere Hindernisse für die arktische Schifffahrt. So erschweren treibende Eisberge und schwierige, teils unvorhersehbare Wetterbedingungen die Durchfahrt.

Darüber hinaus mangelt es an Infrastruktur: Es gibt in der Region nur wenige Häfen, die große, für den Transit geeignete Schiffe aufnehmen und versorgen können.

Außerdem sind die arktischen Gewässer nur zu etwa zehn Prozent kartiert und Wegmarken sind kaum vorhanden. Es mangelt an für die Arktisschifffahrt ausgebildeter Besatzung und Systemen zur Überwachung der Marineaktivität und zum besseren Management der Schiffe, was das Risiko für Zwischenfälle erhöht. Zudem ist es nur bedingt möglich, einem Schiff in Not Hilfe zu leisten oder zur Verhinderung bzw. Bekämpfung einer Umweltkatastrophe beizutragen, was besonders angesichts einer Vielzahl an Tankschiffen von Bedeutung ist. Neben der ökonomischen ist jedoch auch die geostrategische Perspektive zu beachten. So sieht China die arktischen Seewege als Alternative zu den gängigen Transportrouten, welche im Konfliktfall insbesondere von den Vereinigten Staaten blockiert werden könnten.

Territorialkonflikte

Mit zunehmender Nutzbarkeit der Arktis treten territoriale Fragen wieder mehr in den Vordergrund. Kanada etwa sieht die Nordwestpassage als Teil seiner internen Gewässer an (da die Route durch das kanadisch-arktische Archipel führt), viele andere Staaten verstehen diese Passage jedoch als eine internationale Wasserstraße, die auch ohne Zustimmung Kanadas durchschiffbar werden darf. Da es sich bei der Arktis größtenteils um einen Ozean handelt, werden territoriale Ansprüche von der UN-Seerechtskonvention bestimmt. Diese besagt, dass sich die Hoheitsgewässer eines Staates von der sogenannten Basislinie an dessen Küste bis zu zwölf Seemeilen auf offener Meer hinaus erstrecken.

Mit zunehmender Nutzbarkeit der Arktis treten territoriale Fragen wieder mehr in den Vordergrund.

Daran anschließend hat der Staat für weitere zwölf Seemeilen erweiterte Rechte, um etwa Verstöße gegen dessen Zoll- oder Einwanderungsvorschriften zu verhindern und zu ahnden. In der sich bis zu 200 Seemeilen von der Basislinie erstreckenden Ausschließlichen Wirtschaftszone hat der Staat das Recht auf die alleinige Nutzung der dort vorhandenen natürlichen Ressourcen. Im Bereich des Festlandssockels hat der Staat die Hoheitsrechte zur Erforschung

und Nutzung der am und unter dem Meeresboden gelegenen Ressourcen.

Der Festlandssockel ist zunächst deckungsgleich mit der Ausschließlichen Wirtschaftszone, lässt sich aber auf bis zu 350 Seemeilen von der Basislinie erweitern, sofern der jeweilige Staat nachweisen kann, dass es sich dabei um eine natürliche Verlängerung von dessen Landmasse handelt. Ein solcher Anspruch kann unter Vorlage einer wissenschaftlich fundierten Begründung an eine UN-Kommission gestellt werden. Auf solcher Grundlage erheben Dänemark, Kanada und Russland Anspruch auf den Nordpol.

Natürliche Ressourcen

Bedeutung erlangen die Territorien insbesondere durch ihre Ressourcen: Bodenschätze, wie fossile Energieträger und metallische Erze, und maritime Ressourcen, neben der Fischerei die Schifffahrtsrouten und der Tourismus. In der Arktis wurden bisher Vorkommen von etwa 61 Milliarden Barrel Öl und 269 Milliarden Barrel Erdgas entdeckt, die erschließbar sind. Schätzungen zufolge gibt es weitere 90 Milliarden Barrel Öl und 1,669 Billionen Barrel Gas, die bisher unentdeckt sind. Etwa 84 Prozent davon werden Off-Shore, also im arktischen Ozean, erwartet.

Neben den fossilen Energieträgern erleichtert der Klimawandel außerdem den Zugang zu Seltenen Erden, die eine wichtige Ressource für erneuerbare Energieerzeuger, und damit im Kampf gegen den Klimawandel, sind. Doch obwohl die Förderung arktischer Ressourcen an Attraktivität gewinnt, lässt sich das Konfliktrisiko zunächst als eher gering bewerten, da sich 90 bis 95 Prozent der Vorkommen in den ausschließlichen Wirtschaftszone der umliegenden Staaten befinden.

Die schmelzenden Permafrostböden sind ein wachsendes Problem für die arktische Ressourcenförderung, aber weitgehend auch für die dortige Infrastruktur. Mit steigenden Temperaturen wird deren aktive Schicht dicker, die im Jahresverlauf friert und wieder taut und sich dabei hebt und senkt. Dabei verlieren die Böden an Tragkraft und werden anfälliger für Erosionsprozesse. Bis 2050 könnte deshalb etwa 70 Prozent der auf Permafrostböden der nördlichen Hemisphäre gebauten Infrastruktur beschädigt sein. Etwa 45 Prozent der russischen Öl- und Gasproduktion in der Arktis finden in Gebieten mit einem hohen permafrostbedingten Risiko statt.

Im Bereich der maritimen Ressourcen ist der Einfluss des Klimawandels vermutlich

am stärksten in der Fischerei zu beobachten. Die steigende Wassertemperatur verändert die Lebensweise der darin lebenden Fischbestände. Ein anschauliches Beispiel ist die Makrele: Ihr Lebensraum lag traditionell im nordöstlichen Atlantik, etwa in schottischen Gewässern. Seit 1999 werden zum Erhalt des Bestands jährliche Fangmengen festgelegt und unter der EU (damals noch einschließlich Großbritannien), Norwegen und den Färöer-Inseln aufgeteilt.

Zunehmend finden Alternativen der Energieversorgung Aufmerksamkeit, weshalb Grönland oder Norwegen, die über Vorkommen von Seltenen Erden verfügen, von der Abkehr von Russland profitieren könnten.

Seit 2006 hält sich die Makrele im Sommer allerdings zunehmend in den wärmer gewordenen isländischen Gewässern auf, wo sie zuvor kaum gesichtet wurde. Island nutzte diese neu gewonnenen Makrelenbestände und fischte 2008 und 2009 fast ein Viertel der gesamten Fangmenge, sehr zum Unmut der anderen Staaten. Im Rahmen der von Norwegen ins Leben gerufenen Fischereischutzzone um Spitzbergen kommt es immer wieder zu Zwischenfällen zwischen Norwegen und Russland. Das Eskalationspotenzial um maritime Ressourcen zeigt sich an den »Kabeljaukriegen« zwischen Island und Großbritannien, die zwischen 1958 und 1976 immer wieder für Spannungen innerhalb der Nato sorgten und 1976 sogar zu einer zeitweisen Unterbrechung der diplomatischen Beziehung.

Militärische Konflikte

Von den acht Arktisstaaten sind in Folge der Eskalation des Ukraine-Konfliktes nun sieben Staaten Mitglied der Nato. Damit bilden sich militärisch klar zwei Lager: Nato auf der einen, Russland auf der anderen Seite. Nach einer ruhigeren Phase nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion schenkt Russland der Arktis seit etwa zehn Jahren wieder mehr Aufmerksamkeit. Um 2009/2010 begann die Modernisierung der bröckelnden russischen Streitkräfte, die in großen Teilen durch die Erträge aus den Hydrokarbonaten aus der Arktis finanziert wurde. In diesem Zuge wurden auch vorhandene Militäreinrichtungen in der Arktis erweitert und modernisiert.

Die Nato hingegen fand es lange Zeit nicht nötig, sich stärker in der Arktis zu en-

gagieren. Die Kooperationen in der Region sollten nicht beeinträchtigt werden, zudem befürchteten die Arktisstaaten, dass durch solches Engagement die übrigen, nicht arktischen Nato-Staaten einen stärkeren Einfluss in der Region ausüben könnten als bis dato. Trotz der begrenzten Nato-Aktivität in der Arktis änderte sich aufgrund des Klimawandels die russische Bedrohungswahrnehmung. Das schmelzende Eis an der russischen Nordflanke eröffnet nicht nur wirtschaftlich neue Möglichkeiten, sondern erleichtert auch den Zugang aus einer zuvor noch unwegsameren Richtung.

Neben den arktischen Wirtschaftszone befindet sich hier auch die zu einem großen Teil an der arktischen Kola-Halbinsel stationierte nukleare Zweitschlagkapazität Russlands. Und tatsächlich lassen sich in Folge des Klimawandels neben den dort seit dem Kalten Krieg vorhandenen U-Booten zunehmend auch Überwasserkriegsschiffe in der Arktis finden. Dennoch ist eine militärische Konfliktaustragung in der Region, unabhängig vom Motiv, insbesondere aufgrund der widrigen Bedingungen weiterhin unwahrscheinlich.

Mit Russlands Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 kamen die Kooperationen in der Arktis zum Erliegen. Das Vertrauen in stabilisierend wirkende gemeinsame Interessen war erschüttert. Im Arktischen Rat erklärten die übrigen sieben Staaten (Dänemark, Finnland, Island, Kanada, Norwegen, Schweden, USA), ihre Teilnahme an allen Sitzungen zu unterbrechen; später wurde die Arbeit an Projekten ohne russische Beteiligung fortgesetzt. Der Bruch Russlands mit internationalem Recht wirft die Frage auf, ob es sich in anderen Regionen noch an dieses gebunden fühlt. Darüber hinaus führt das neue EU-Russland-Verhältnis dazu, dass die EU von russischen Energieträgern unabhängig sein möchte. Zunehmend finden Alternativen der Energieversorgung Aufmerksamkeit, darunter erneuerbare Energien, weshalb Grönland oder Norwegen, die über Vorkommen von Seltenen Erden verfügen, von der Abkehr von Russland profitieren könnten.

Henry Lesmann hat 2022 sein Bachelorstudium der Geografie an der Universität Hamburg abgeschlossen. Sein hier leicht gekürzt wiedergegebener Text erschien zuerst in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift »Wissenschaft & Frieden« und gehört dort zu einem Themenschwerpunkt rund um politische Konflikte und Entwicklungen in Arktis und Antarktis. www.wissenschaft-und-frieden.de